

INHALTSVERZEICHNIS

A. EINLEITUNG	1
B. GRUNDZÜGE DER FAMILIENRECHTLICHEN AUSGLEICHSSYSTEME	5
I. Gründzüge des Unterhaltsrechts	6
1. Unterhaltsberechnung	6
2. Bedarfsbestimmende Einkünfte	7
II. Grundsätzliches zum Zugewinnausgleich	8
1. Instrument des Zugewinnausgleichs	8
2. Berechnung des Anspruchs	9
III. Grundsätze des Versorgungsausgleichs	11
1. Neuregelung des Versorgungsausgleichs	12
2. Konkurrenz Zugewinn - Versorgungsausgleich	12
3. Abgrenzungsproblematik	14
a. Kriterien der Abgrenzung vor der gesetzlichen Neuregelung	14
b. Zuordnung der möglichen Vorsorgeformen in der Praxis	15
c. Neuregelungen durch das VersAusglG	16
d. Abgrenzung zu Unterhaltsansprüchen	16
4. Möglichkeit der Nichtberücksichtigung der Vorsorgeposition	17
C. PROBLEMATIK EINER MÖGLICHEN DOPPEL-BEWERTUNG	19
I. Schnittstelle von Unterhalt und Zugewinn	19
1. Einführung	19
2. Das Kernproblem	20
3. Grundsätzliche Lösungsansätze	21

a. Prinzipien des Versorgungsausgleichs	22
aa) Analoge Anwendung des § 1587 III BGB a. F.	22
bb) Zwischenergebnis.....	24
b. Leistungsverweigerung gemäß § 1381 BGB.....	25
c. Grundsatz von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB	26
d. Änderung des Berechnungszeitpunkts	26
e. These der „Elektiven Konkurrenz“	27
II. Ergebnis	28
 D. ABFINDUNGEN	29
I. Ausgangsfall	29
II. Entwicklung der Rechtsprechung zur arbeitsrechtlichen Abfindung	30
III. These der „stillschweigenden Vereinbarungen“	32
IV. Alternative Lösungsansätze.....	34
1. Nichtberücksichtigung bei der Wertermittlung des Zugewinns.....	34
a. Anfangsvermögen gemäß § 1374 Abs. 1 BGB	34
b. Endvermögen gemäß § 1375 Abs. 1 BGB	35
2. Zuordnung der Abfindung entsprechend ihrer Zweckbestimmung .	36
a. Zweckbestimmung.....	37
aa) Beendigung des Arbeitsverhältnisses	37
bb) Verlust des Arbeitsplatzes.....	38
cc) Zwischenergebnis	39
dd) Kriterien der Zweckbestimmung	39
b. Zwischenergebnis	40
3. Individuelle Zuordnung der Abfindung.....	41
a. Übereinstimmende Vereinbarung.....	41
b. Vor- und Nachteile der verschiedenen Ausgleichssysteme	42
c. Ausgestaltung einer solchen Vereinbarung.....	45

aa) Prognoseberechnung.....	45
bb) Prognoseergebnis	46
cc) Prognosekorrektur	46
dd) Berücksichtigung des eigenen Unterhalts.....	47
ee) Verletzung der Erwerbsobliegenheit	47
d. Zwischenergebnis	48
4. Die einseitige Wahlmöglichkeit	49
a. Argumente für ein einseitiges Wahlrecht.....	49
b. Argumente gegen ein einseitiges Wahlrecht	50
5. Ausschließliche Zuordnung zu einem der Ausgleichssysteme	51
a. Grundsätzliche unterhaltsrechtliche Zuordnung	51
b. Grundsätzliche güterrechtliche Zuordnung	53
c. Fazit	54
6. Differenzierter Lösungsansatz	54
a. Notwendigkeit einer Begründung	56
b. Qualifizierung als Unterhaltschulden	56
c. Gedanke des Versorgungsausgleichs	57
d. Leistungsverweigerung gemäß § 1381 Abs. 1 BGB.....	57
e. Grundsatz von Treu und Glauben nach § 242 BGB.....	58
f. Zwischenergebnis	58
V. Ergebnis	59
E. EINKOMMENSSTEUERERSTATTUNGEN.....	61
F. BANKKONTOGUTHABEN.....	63
I. Problemdarstellung.....	63
II. Mögliche Lösungsansätze	64
1. Keine Berücksichtigung im Zugewinn	64
2. Zweckbestimmung.....	65

3. Rechtsprechung des BGH	65
III. Ergebnis	67
G. UNTERNEHMEN UND UNTERNEHMENS- BETEILIGUNGEN	69
I. Voraussetzungen einer möglichen Doppelbewertung	70
II. Bedeutung für die Unternehmensbewertung	70
III. Unternehmensbewertung und ihre Grundsätze	71
1. Gesetzliche Ausnahme nach § 1376 Abs. 4 BGB	72
2. Vermögensposition Unternehmen	72
3. Bewertungszweck	74
IV. Übersicht der Bewertungsmethoden	75
1. Ertragswert	75
2. Ertragswertmethode unter dem Blickwinkel einer Doppel- bewertung	76
3. Sach- oder Substanzwertmethode	77
4. Mittelwertmethode	78
5. Besonderheiten bei freiberuflichen Praxen	78
a. Geschäftswert, Firmenwert oder sog. „good will“	78
b. Bewertung von freiberuflichen Praxen	79
6. Liquidationswert	80
7. Steuerbelastung im Rahmen der Veräußerung	82
8. Zwischenergebnis	83
V. Unternehmensbeteiligung	83
1. Bisherige Rechtsprechung des BGH zur Wertbestimmung von Unternehmensbeteiligungen	84

2. Kritik aus dem Schrifttum insbesondere unter dem Blickwinkel einer möglichen Doppelverwertung	85
3. BGH-Entscheidung zur Konkurrenzproblematik von Zugewinn und Unterhalt bei einer Unternehmensbeteiligung	86
4. Kritik am Lösungsweg des BGH	87
5. Ergebnis	88
VI. Unternehmensinhaberschaft	89
1. Vorläufige Konsequenz der Rechtsprechung	89
2. Revisionsentscheidung des BGH vom 06.02.2008	90
a. Entscheidungsbegründung	90
b. Kritik an der Revisionsentscheidung	92
c. Weitergehende Auswirkung der Entscheidung	93
3. Ergebnis	94
H. SCHULDEN ALS PASSIVVERMÖGEN	97
I. Sachverhalt einer möglichen Doppelverwertung	98
1. Rechtsprechungsübersicht	98
2. Gegenansicht in Rechtsprechung und Literatur	99
II. Lösungsansätze	100
1. Berücksichtigung nur beim Güterrecht	100
2. Berücksichtigung nur beim Unterhalt	101
3. Wahlrecht	102
4. Zwischenergebnis	103
III. Grundsätzliche Berücksichtigung von Verbindlichkeiten	103
1. Ansatz beim Zugewinnausgleich	103
2. Ansatz im Rahmen der Unterhaltsberechnung	104
a. Art und Zweck der Schuldverbindlichkeit	105

aa) Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Ehe.....	105
bb) Nicht ehebedingte Schulden.....	107
cc) Ratenweiser Zugewinnausgleich als Verbindlichkeit beim Unterhalt.....	109
b. Konkrete Berechnung der Verbindlichkeit.....	109
aa) Berücksichtigung zukünftiger Darlehenszinsen beim Endvermögen.....	109
bb) Berücksichtigung von Zinsen bei der Unterhaltsberechnung	110
3. Zwischenergebnis	111
IV. Verteilung der Schulden zwischen den Ehegatten	111
1. Gesamtschuldnerische Verbindlichkeiten	111
a. Gemeinsames Interesse	111
b. Alleinige Tilgung.....	112
c. Einseitiges Interesse	113
d. Gesamtschuldnerausgleichsanspruch gemäß § 426 Abs. 1 S. 1 BGB	114
aa) Berücksichtigung der Verbindlichkeit beim Unterhalt	115
bb) Wahlrecht	116
cc) Restanspruch.....	117
2. Zwischenergebnis	117
V. Möglichkeit der Doppelverwertung bei Alleineigentum	117
1. Nicht einschlägige Fallkonstellationen.....	118
a. Anforderungen an Eigentumsverhältnisse und Art des Unterhalts ...	118
b. Notwendigkeit der Vermögensverbesserung.....	119
2. Tatsächliche Möglichkeit der Doppelbewertung.....	120
a. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung	120
aa) Parallele zum Wohnvorteil als unterhaltsrechtliches Einkommen.....	121
bb) Wohnvorteilsberechnung	122
cc) Unzulässige Doppelbelastung bei Alleineigentum.....	124

b. Übernahme dieses Ansatzes	125
3. Ergebnis	127
I. ANSPRÜCHE ZWISCHEN DEN EHEGATTFEN	129
I. Unterhaltsrückstände	129
1. Auswirkung in der Praxis	129
a. Überprüfung dieses Ergebnisses.....	130
b. Gegenansicht in der Literatur	131
2. Alternative Lösungsmöglichkeiten zum Nichtansatz des Unterhaltsrückstandes	131
a. Auffassung des BGH zum Verbot der doppelten Teilhabe.....	131
b. Qualität des Unterhalts	132
c. Hinzurechnungsgedanke des § 1375 Abs. 2 BGB	133
d. Leistungsverweigerung gemäß § 1381 BGB.....	133
e. Generalklausel des § 242 BGB.....	134
3. Ergebnis	135
II. Weitere zivilrechtliche Ansprüche zwischen den Ehegatten	136
J. ZUSAMMENFASSUNG	139
I. Auswertung der Ergebnisse.....	139
II. Thesen der Arbeit	141
III. Allgemeine Ableitungen und generelle Lösungsansätze	142
1. Lösungsansatz der „stillschweigenden Vereinbarungen“ zwischen den Ehegatten.....	144
2. Leistungsverweigerung gemäß § 1381 BGB.....	145
3. Grundsatz von Treu und Glauben gemäß § 242 BGB.....	147
IV. Gestaltungsempfehlungen	149
1. Arbeitsrechtliche Abfindungen.....	149

2. Kontoguthaben.....	150
3. Unternehmensbewertung	151
a. Alternativen zum Güterstand der Zugewinngemeinschaft.....	152
b. Wahl der Gütertrennung.....	152
c. Vertragliche Modifikation des Zugewinnausgleichs.....	153
4. Verbindlichkeiten.....	154
5. Ansprüche unter den Ehegatten	155
V. Resümee und Ausblick	156
LITERATURVERZEICHNIS	159